

**G** Prime News bei Google bevorzugen

# Kritik: Umgang mit Geldwäscherei, kranke Lehrer und hohe Mieten

Die Geschäftsprüfungs-Kommission hat ihren Bericht präsentiert. Das sollen die Basler Regierung und Verwaltung besser machen.

von Anja Sciarra



*Wie haben die Basler Regierung und Verwaltung gearbeitet? Die GPK präsentiert in ihrem Bericht Mängel.  
Bild: Pino Covino*

Erst im Februar präsentierte die Geschäftsprüfungs-Kommission des Grossen Rats ihren Spezialbericht zum Zustand der Basler Kantonspolizei (Prime News [berichtete](#) ). Wie immer vor den Sommerferien legt sie nun ihren Jahresbericht vor. Die parlamentarische Oberaufsicht schaut der Basler Regierung und Verwaltung bei ihrer Arbeit genau auf die Finger und weist auf Missstände oder Mängel hin.

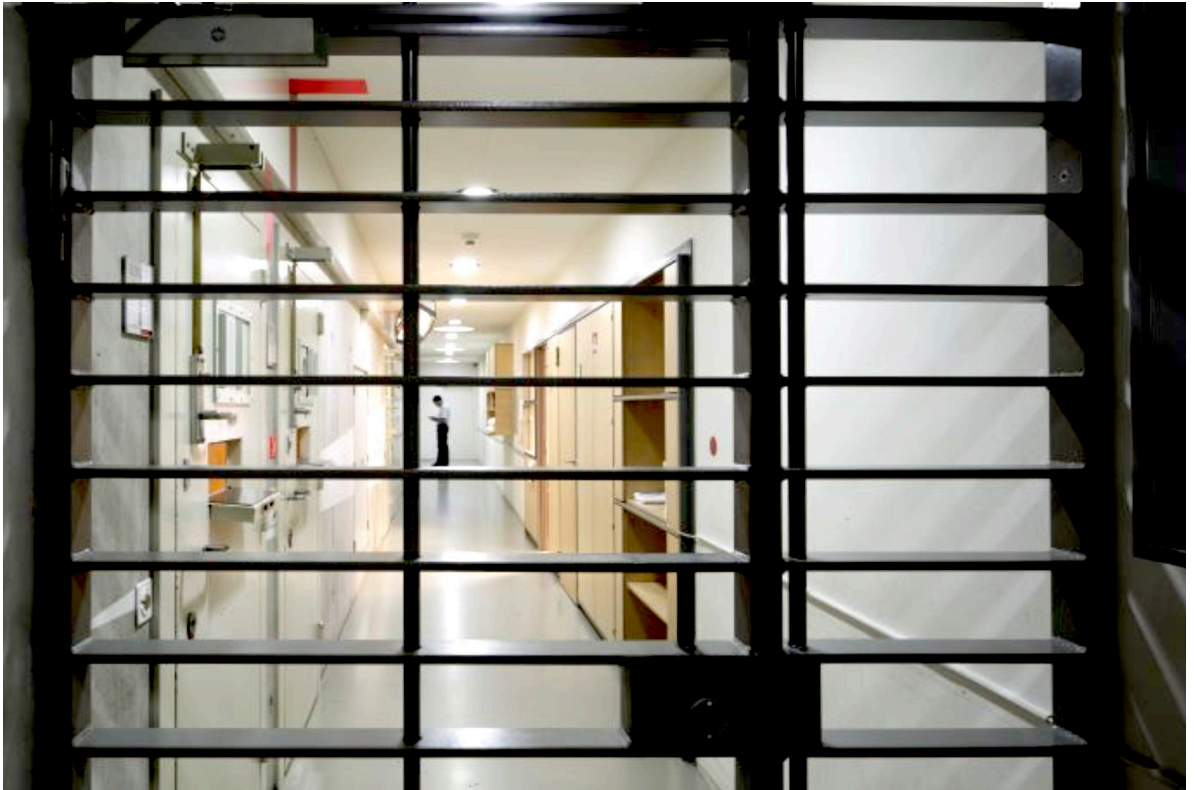
Die Kommission attestiert der Regierung, Verwaltung und den Gerichten eine mehrheitlich gute Leistung im vergangenen Jahr. Und dennoch gibt es an einigen Posten Handlungsbedarf. Insgesamt 109 Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen stellt sie an den Regierungsrat und die einzelnen Departemente.

Prime News hat den 83-seitigen Bericht unter die Lupe genommen und einige Punkte herausgepickt.

# Beschuldigte entgehen Gefängnis – wegen Personal- mangel

Wir beginnen nicht bei der Regierung, sondern bei der Basler Staatsanwaltschaft (Stawa). Dort stapeln sich die Pendenzenberge weiter. Per Anfang 2026 waren insgesamt 106'359 Verfahren hängig – gerade mal 5'734 davon wurden zu diesem Zeitpunkt aktiv bearbeitet. Der Grund ist bekannt: Der Stawa fehlt es an Personal.

Die Kriminellen freuts: einige von ihnen kommen wegen des Personalmangels lediglich mit einer Busse anstelle einer bedingten Haftstrafe davon – und damit mit einer milderen Sanktion.



*Geldstrafe statt Gefängnis: Per Strafbefehl Beschuldigte können wegen Personalmangel einer Freiheitsstrafe entkommen. Bild: Amt für Bevölkerungsdienste und Migration*

Wenn per Strafbefehl eine Freiheitsstrafe ausgesprochen wird, muss hierfür eine Einvernahme durch die Stawa erfolgen. So will es die Strafprozessordnung seit 2024. Im letzten Jahr sei dies wegen der fehlenden Ressourcen aber nur in einem Viertel der Fälle möglich gewesen. Bei der grossen Mehrheit, wo keine Einvernahme stattfand, erfolgte daher lediglich eine Geldstrafe.

Die parlamentarischen Aufseher kritisieren dies in ihrem Bericht als «rechtsstaatlich problematisch». Das Prozessrecht werde zwar formal nicht verletzt, aber eine Bundesnorm umgangen. Die GPK empfiehlt der Staatsanwaltschaft, die Anzahl Fälle mit herabgesetzter Sanktion mangels Einvernahme jährlich auszuweisen. Ausserdem empfiehlt sie eine Umverteilung der Ressourcen oder einen Antrag auf eine Stellenaufstockung.

---

## **Geldwäscherei in Barbershops: Kein Verfahren trotz vieler Hinweise**

Und wir bleiben bei Kritik an der Basler Strafverfolgungsbehörde: Barbershops, Nagelstudios oder Quartiercafés werden zuweilen als Front für Geldwäscherei verwendet. Es handelt sich dabei um sogenannte Fassadenbetriebe. Das Phänomen ist schweizweit bekannt, Fedpol führt sogar ein eigenes Projekt «Barbershop», in Bern finden koordinierte Verbundkontrollen statt und der Kanton Zürich verfügt über eine Geldwäscherei-Taskforce bei der Kantonspolizei.

Die Basler Kriminalstatistik weist für 2025 insgesamt 134 Anzeigen wegen des Verdachts auf Geldwäscherei aus, was gegenüber 89 im Vorjahr und 48 im Jahr 2019 eine Verdreifachung darstellt.



*Symbolbild: Unsplash*

Die GPK hat deswegen bei der Basler Staatsanwaltschaft nachgefragt, gegen wie viele solcher möglicher Fassadenbetriebe im vergangenen Jahr Verfahren aufgrund von Anzeigen oder Hinweisen der Kantonspolizei eröffnet worden sind.

Resultat: kein einziges.

Zudem finde zwischen der Abteilung Wirtschaftsdelikte und der Kantonspolizei zurzeit kein systematischer Austausch zur Thematik statt. Beide verweisen indes auf den jeweils anderen als «primär zuständig». Die Stawa betont, dass es ihr «nicht zustehe», ohne Vortaten und konkrete Anhaltspunkte präventive Kontrollen durchzuführen.

Die GPK sieht jedoch Handlungsbedarf und stellt weitere Forderungen an die Staatsanwaltschaft.

# Kranke Lehrer müssen selbst Stellvertretung auftreiben



*Die Basler Lehrpersonen sind häufig krank und an den Schulen fehlen Hitzemassnahmen. Symbolbild: Unsplash*

Besorgniserregend ist auch die anhaltend hohe Anzahl an Krankheitsfällen und der Unterbestand bei den Basler Lehrpersonen auf allen Schulstufen. Die Oberaufsicht hat hierzu einen Schwerpunkt in ihrem Bericht gesetzt.

Im Erziehungsdepartement (ED) unter Vorsteher Mustafa Atici (SP) wurde zwar bereits eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich dem Thema annimmt. Bislang sind die Ursachen für die vielen Krankheitsausfälle bei den Lehrern aber nicht abschliessend geklärt. Die GPK empfiehlt daher, mit Unterstützung der Sozialpartner und durch eine anonymisierte Befragung der Lehrpersonen herauszufinden, wo deren besondere Belastungen liegen – und wie diese vermindert werden können.

Die Kommission beanstandet weiter, dass erkrankte Lehrpersonen teilweise selbst nach einer Stellvertretung suchen müssen. Diese Praxis stimme weder mit dem Arbeitsgesetz noch den Vorgaben des Erziehungsdepartements überein, kritisiert die Oberaufsicht.

# Hohe Kosten für externe Büros

Weiter hat die GPK unter anderem die Mietkosten der Verwaltung für externe Büroräumlichkeiten unter die Lupe genommen. Im Fall, dass die Verwaltung Büros mietet, anstatt die Abteilungen in eigenen Liegenschaften unterzubringen, darf dies maximal 50 Prozent mehr kosten als der interne Kostenmietansatz.

Die Nachfragen der parlamentarischen Aufpasser haben ergeben, dass die Mietausgaben des Kantons in den letzten zehn Jahren insgesamt markant angestiegen sind. Insbesondere seit 2022 ist es zu einem starken Anstieg um fast 20 Millionen Franken gekommen.

Die GPK verlangt in diesem Zusammenhang eine umfassende Analyse der Ursachen für die ansteigenden Ausgaben. Es sollen dabei auch verschiedene Optionen vertieft geprüft werden, um dieses Kostenwachstum zu beschränken.



*Fünf Abteilungen des Präsidialdepartements ziehen in luftige Höhen in die sanierte alte Hauptpost. Das hat für Kritik gesorgt. Visualisierung: Herzog und de Meuron*

# Miete in der alten Hauptpost kostet 815'000 Franken

Öffentlich kontrovers diskutiert wurde insbesondere der geplante Einzug verschiedener Abteilungen des Präsidialdepartements in die oberste Etage der alten Hauptpost mitsamt Dachterrasse. Diese wird bekanntlich luxuriös durch Herzog und de Meuron saniert.

Aktuell sind die fünf Abteilungen an vier verschiedenen Standorten untergebracht. Von dem Zusammenzug erhofft sich das Präsidialdepartement (PD) unter Vorsteher Conradin Cramer (LDP) Synergieeffekte. Die Mietkosten in der alten Hauptpost belaufen sich neu auf rund 815'000 Franken pro Jahr. Das sind rund 35'000 Franken mehr als bisher.

Das Präsidialdepartement argumentiert, dass durch den Zusammenzug neben den Synergieeffekten auch von geringeren Kosten für Reinigung oder Gerätschaften auszugehen sei.



*Conradin Cramer und die Hauptpost-Dachterrasse. Bild: Steve Last*

In der öffentlichen Wahrnehmung hinterliess insbesondere die Nutzung der Dachterrasse einen schalen Beigeschmack. Ursprünglich hatte die private Eigentümerin der früheren Hauptpost, die Axa-Versicherung, eine öffentliche Gastro-Nutzung vorgesehen, diese aber wieder verworfen.

Dass diese Dachterrasse nun nicht für die Öffentlichkeit zugänglich ist, sondern einer Gruppe von Kantonsangestellten vorbehalten ist, hat Kritik ausgelöst. Conradin Cramer gab der GPK an, dass diese exklusive interne Nutzung der gemieteten Dachterrasse keine Notwendigkeit sei, sondern einfach «Teil des Pakets».

Die GPK erwartet nun vom Regierungsrat, dass er nach einem vollen Betriebsjahr belegt, ob die Synergieeffekte die Mehrkosten tatsächlich decken.

---

## Verzögerungen bei Infrastrukturprojekten

Die Kritik an der Arbeit des Bau- und Verkehrsdepartements unter Esther Keller (GLP) kann man allgemein unter dem Begriff «Verzögerungen» subsumieren. Prime News [berichtete](#) gerade erst über die grossen Tiefbauprojekte, die im Kanton aktuell wegen Einsprachen oder Rekursen blockiert sind.

Aber auch andernorts stauen sich die Planungen: etwa beim Tramausbau 2030. Vorhaben wie die Margarethenverbindung, das Claragraben- oder Petersgrabentram verzögern sich weiter.



Bild: BVD

Das hat auch Auswirkungen auf die Finanzierung. Der Bund beteiligt sich mit dem Agglomerationsprogramm an Verkehrsprojekten der Kantone und Regionen. Die gesprochenen Gelder sind allerdings an Fristen gekoppelt. Das Bau- und Verkehrsdepartement musste daher verzögerte Projekte abmelden und sie für eine spätere Generation des Agglomerationsprogramms wieder anmelden.

Das ist beispielsweise bei der Zolli-Brücke der Fall. Ebenfalls müsse wahrscheinlich das Petersgraben-Tram abgemeldet werden, weil sich der Baubeginn bereits nach hinten verschoben hat (Prime News [berichtete](#)). Die diversen – umstrittenen – Tramprojekte müssen ausserdem erst noch durch den Grossen Rat genehmigt werden. Die jeweiligen Beschlüsse können danach via Referendum immer noch gekippt werden.

Die Projekte sind daher grossen politischen Unsicherheiten unterlegen, was die genaue Zeitplanung verkompliziert.

---

## Umsetzung des Behindertengesetzes wird viel teurer

Weiter stellt die GPK fest, dass die Umsetzung des Behindertengesetzes massiv teurer wird und sich ebenfalls verzögert. Das Gesetz schreibt vor, dass Menschen mit einer Behinderung den öffentlichen Verkehr autonom benutzen können. Das beinhaltet beispielsweise das stufenlose Einsteigen in Busse und Trams, weshalb sämtliche Haltestellen im Kanton entsprechend umgebaut werden müssen.

Dafür hat der Grosse Rat 30 Millionen Franken bewilligt. Bis Ende 2025 wurden davon bereits 19,9 Millionen ausgegeben. Die Regierung geht davon aus, dass die Gelder bis in zwei Jahren ausgeschöpft sind – ohne dass die Umsetzung des Behindertengesetzes abgeschlossen ist.

Das Bau- und Verkehrsdepartement schätzt, dass insgesamt 50 bis 60 Millionen Franken benötigt werden. Die Exekutive will die Gelder im Jahr 2027 beim Parlament beantragen. Die Umsetzung werde sich ausserdem bis in die späten 2030er-Jahre hinziehen.

---

## Sehr viele externe IT-Spezialisten

Im Finanzdepartement kritisiert die Oberaufsicht die auffallend hohe Anzahl externer Spezialisten bei IT Basel-Stadt. Die Ausgaben liegen dort um 5,3 Millionen Franken höher als budgetiert.

Im Berichtsjahr 2025 haben insgesamt 172 externe IT-Spezialistinnen und Spezialisten für die Abteilung gearbeitet. Im Vorjahr lag diese Zahl bei 131. Es handelt sich also um einen erheblichen Anstieg. Das Finanzdepartement unter Tanja Soland (SP) begründet dies mit grossen Projekten – wie beispielsweise Infra21+ – die einen erhöhten Bedarf an externen Ressourcen mit sich bringen.

Allerdings sind die externen Spezialisten fast ausschliesslich oder vollständig für den Kanton tätig, ohne für diesen angestellt zu sein. Zwar sei es branchenüblich, Externe im Zusammenhang mit Transformationsprojekten zu beschäftigen. Aus Sicht der GPK ist die Zahl dennoch zu hoch. Dies könne grundsätzliche Probleme mit sich bringen – etwa die mögliche Umgehung des Personalgesetzes und des Lohngesetzes.

Die GPK empfiehlt daher, die externen Dienstleistungen bei IT BS zu überprüfen.

---

## 17 Frauen und 1 Mann in der Fachstelle Gleichstellung und

# Diversität

Zum wiederholten Male rüffelt die GPK die Fachstelle Gleichstellung und Diversität. Diese soll der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sowie der sexuellen Orientierung aktiv entgegenwirken und die Vielfalt im Kanton fördern. Allerdings nicht nur gegen aussen, sondern auch intern.

Das Problem: In der Fachstelle arbeiten 17 Frauen, nur ein Mann und eine nicht binäre Person. Damit bestünde ein «markantes Ungleichgewicht», so die GPK, was die Glaubwürdigkeit der Fachstelle in Frage stelle.

Korrekturen seien aufgrund geringer Fluktuationen nur langsam möglich, so der Regierungsrat. Er habe aber die zuständigen Personen entsprechend sensibilisiert: Bei Neueinstellungen werden bei gleichen Qualifikationen «gezielt Bewerbungen zur Stärkung der Vielfalt bevorzugt». In diesem Fall also konkret: Männer.

Die Oberaufsicht erwartet, dass die Bemühungen für ein ausgeglicheneres Geschlechterverhältnis in der Abteilung für Gleichstellung und Diversität weiter vorangetrieben werden.